

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 24 / 44. Jg.

12. Juni 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Häßl, Berlin W 9, - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkeuditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Jetzt erst recht Auskunft einholen!

Der vereinbarte Zwangstarif für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe ist am 1. Juni in Kraft getreten und damit zugleich ist der Lohnabbau für die Kollegen perfekt geworden, die unter diesem Tarife arbeiten.

7 Prozent beträgt nach dem getroffenen Entscheid der Lohnabbau für die meisten Kollegen, weil den Unternehmern unter Berücksichtigung der Geschäftslage, der Konjunktur und der sonstigen in Betracht kommenden Verhältnisse die persönliche Leistung der Kollegen nicht mehr wert ist.

Ja, die persönliche Leistung der Kollegen ist den Unternehmern anscheinend noch viel weniger wert, als der siebenprozentige Lohnabbau darat. **Selbst doch nicht vergessen, daß die Unternehmer allen Ersten 15 Proz. Lohnabbau gefordert und vertreten haben.** Der Unternehmersprecher bei den Auseinandersetzungen im RAM. ging sogar soweit zu sagen, daß der Wirtschaft nur geholfen werden könne, wenn die Lohnhöhe auf den Friedenstandard herabgedrückt würde.

Daß solch wirtschaftlicher Wahnwitz nicht bloß leeres Gerede ist, zeigt die Offensive der Unternehmer zu einer neuen Lohnabbauwelle. Und das bisher bekannt gewordene über die neue Notverordnung läßt vermuten, daß die Regierung weiter in Lohnabbau machen will. Solche Sachlage wird auch unsere Unternehmer nicht ruhen lassen, weiter im Gefolge der Lohnabbauer zu marschieren.

Der Kampf um den Lohn ist also noch lange nicht am Ende und so lange die Wirtschaftskrise anhält wird die Kollegenschaft in der Abwehr des Lohnabbaues stehen.

Es hat sich also im Kampfe um den Lohn durch den Abschluß des Tarifes an der bisherigen Situation nur sehr wenig geändert, zumal in wenigen Monaten, ein neuer Lohnkampf entbrennen kann. Denn nach dem getroffenen Entscheid, hat jede Vertragspartei das Recht,

eine Revision der Löhne mit einmonatiger Ansagefrist, erstmalig zum 31. Oktober 1931 zu beantragen.

Die Unternehmer wollten als diesen Termin unbedingt und unter allen Umständen den 31. August haben. Sie wollten mit dem Buchdruck ein-

heitliches Aufwaschen machen und mit beim Zuge sein. Auch das ist vorbei gelungen. **Aber gerade das Vorbeigelingen dieses zu schönen Planes wird den Unternehmern Anlaß sein, auf anderen Wegen zum Ziele zu kommen.** Welche Wege das sind, ist den Kollegen zur Genüge bekannt.

In anderer Weise betreiben die Unternehmer im Chemigraphiegewerbe den Lohnabbau. **Das Rundschreiben des „Bundes“ zur Verfehlung der nichtlohnabbauwilligen Kollegen mit seiner Denunziationsweisung und seinem Schwarze-Liste-Anhang haben wir bereits entsprechend gekennzeichnet.** Der Kampf auf den Hintertreppen der Arbeitslosenversicherung um die Höhe des Gehilfenlohnes geht munter seinen Gang. Und er wird so lange währen, bis eine bessere Konjunktur das Pendel nach der anderen Seite wirft. **Bis dahin gilt es den Graben der Abwehr so stark wie möglich zu machen.**

Neben direkter Senkung der Löhne durch Inanspruchnahme staatlicher Gewalt ist den Unternehmern zur Zeit **die Einstellung neuer Arbeitskräfte ein geeignetes Mittel des Lohnabbaues**, wie das Rundschreiben des „Bundes“ auch beweist. Dem muß mit dem gleichen Mittel entgegen getreten werden. Das heißt für die Kollegen, **daß ohne Auskunft einzuholen, kein Arbeitsverhältnis neu abgeschlossen werden darf.**

Beachtet: **Die Unternehmer wollen den Lohn unter allen Umständen, bei Anwendung aller Mittel noch weiter drücken. Dem muß Paroli geboten werden!**

Ohne Auskunft beim zuständigen Auskunftserteiler einzuholen, darf kein neues Arbeitsverhältnis abgeschlossen werden.

Die Losung muß, mag's biegen oder brechen, sein:

Jetzt wird erst recht und unter allen Umständen vor Abschluß eines Arbeitsverhältnisses Auskunft beim zuständigen Auskunftserteiler eingeholt!

Und wenn die Unternehmer deswegen vor Zorn zerplatzen!

Die Gewerkschaften gegen die Verstümmelung der Sozialversicherung

II.

Zur Finanzlage der Invalidenversicherung

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben zu einer bedeutenden Verschlechterung der Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung geführt. Beitragsausfälle sowie der Ausfall wesentlicher Zuschüsse des Reiches hatten zur Folge, daß diese Versicherung bereits im laufenden Jahre zur Deckung ihrer Leistungen einen Teil ihrer Rücklagen verwenden muß. Nach den mathematischen Berechnungen in den vorausgegangenen Jahren sollte dieser Zustand erst in etwa drei Jahren eintreten. Es wurde bei diesen Berechnungen aber immer darauf hingewiesen, daß die Versicherung noch eine Reihe von Jahren aus den seit dem Jahre 1929 aufgesparten Rücklagen zehren könne.

Für die Jahre 1929 und 1930 waren als zu erwartende Einnahmeüberschüsse 645 Millionen und für die Jahre 1931 bis 1933 noch weitere 430 Millionen errechnet.

Die *Rechnungsergebnisse* der Jahre 1929 und 1930 brachten aber nur einen Vermögenszuwachs von 354 Millionen. Die Entwicklung der Finanzen in den nächsten Jahren ist im wesentlichen von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig. Zweifellos ist bei dieser Finanzlage eine Sanierung der Invalidenversicherung früher erforderlich als bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen. Keineswegs zwingt die Finanzlage jedoch dazu, in dieser Notzeit mit einer Kürzung der Leistungen eine Sanierung vornehmen zu müssen.

Offenbar sind Kräfte am Werke, die unter dem Druck des in der Krisenzeit vorherrschenden Pessimismus die Ausbalancierung der Einnahmen und Ausgaben durch eine starke Kürzung der Leistungen der Versicherung erreichen möchten. *Aus Unternehmerkreisen würde sogar ein Abstrich von 30 v. H. gefordert.* Aus Äußerungen von Ar-

beitgebervertretern in Landesversicherungsanstalten ergibt sich, daß in Arbeitgeberverbänden große Hoffnung vorhanden ist, einen allgemeinen Leistungsabbau in aller nächster Zeit zu erreichen, vielleicht auf dem Wege der Notverordnung.

Die Spitzenverbände der Arbeitergewerkschaften befinden sich bei dieser Sachlage in großer Sorge um das der Invalidenversicherung von der Reichsregierung zugedachte Schicksal. Gegenüber den Forderungen der Unternehmervertretungen erklären sie mit aller Entschiedenheit, daß sie eine allgemeine Herabsetzung der ohnedies unzureichenden Rentenhöhe für ganz untragbar halten und eine damit beabsichtigte Sanierung aufs schärfste zurückweisen müssen.

Eine Sanierung der Invalidenversicherung muß durch eine *Steigerung des Beitragsaufkommens* und insbesondere auch durch *Aufstockung ausreichender weiterer Beitragsstufen mit höherer Rentemöglichkeit* herbeigeführt werden. Bei einer Neuregelung der bisherigen Beitragssätze muß der jetzige Geldwert der Steigerungssätze

in den Beitragsklassen 1—7 erhalten bleiben. Eine Herabsetzung der 20prozentigen Steigerungssätze unter Beibehaltung der jetzigen Beitragshöhe würde ebenso wie eine Herabsetzung oder teilweise Herabsetzung durch Staffelung des Grundbetrages eine unerträgliche Kürzung der Bezüge der Rentempfänger bedeuten, die bei den mäßlichen Finanzverhältnissen der Fürsorgeverbände auch nicht auf dem Wege der Fürsorge ausgeglichen werden kann. Es dürfte bekannt sein, daß sich 30 v. H. der Sozialrentner sowieso schon in öffentlicher Fürsorge befinden, weil die Renten der Invalidenversicherung nicht ausreichen und sonstige Einnahmen den betreffenden Rentempfängern nicht oder in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Sofort aber eine Sanierung auf dem uns erforderlich scheinenden Wege in der gegenwärtigen Notzeit nicht erreicht werden kann, empfehlen wir dringend, eine Neuregelung bis zu günstigeren Zeitverhältnissen zu veranlassen.

Die Vermögenslage der Invalidenversicherung gestattet durchaus eine vorläufige Hinauszögerung der notwendigen Sanierung. Das Rohvermögen betrug am Schluß des Jahres 1930 etwa 1692 Millionen Reichsmark. Es wird damit gerechnet, daß im Jahre 1931 bei größter Sparsamkeit der Landesversicherungsanstalten auf dem Gebiete der freiwilligen Leistungen vielleicht bis zu 200 Millionen Reichsmark aus dem Vermögen der Invalidenversicherung zur Deckung der bisherigen Gesamtleistungen verwendet werden müssen. Sofern im Jahre 1932 nur die unternormale Beitragseinnahme wie im Jahre 1930 erreicht wird, käme zu diesen 200 Millionen Vermögensverlust im Jahre 1931 noch ein weiterer Verlust von etwa 140 Millionen Reichsmark. Die Flüssigmachung des Vermögensbestandes der Invalidenversicherung ist zu einem erheblichen Teil unmöglich oder aus sozialen Gründen nicht zu empfehlen. Die Liquidität des Vermögens liegt aber weit über 300 bis 350 Millionen Reichsmark, die bis einschließlich 1932 zur Aufrechterhaltung der Leistungen ohne Neuregelung der Beiträge erforderlich wären.

Daraus ergibt sich unbestreitbar, daß kein Grund vorliegt, die jetzige Situation als Katastrophe zu betrachten, unter deren Zwangsgebot eine sofortige Reduzierung der Rentenhöhe als einzig gangbarer Ausweg vorzunehmen wäre. Kein Arbeiter würde für eine solche Maßnahme Verständnis aufbringen können. Nicht nur von den Arbeitern, sondern von der gesamten Öffentlichkeit würden die Leistungen der Invalidenversicherung bisher für unzureichend gehalten. Wir gestatten uns, hierzu auf unsere Eingabe vom 21. Januar 1929 zu verweisen¹. Die darin genannten Forderungen halten wir aufrecht.

In den einzelnen Landesversicherungsanstalten sind die eingetretenen Finanznöte verschieden groß, obwohl die Rentenlast von allen Anstalten gemeinsam getragen wird. Bei eintretenden, besonders großen Schwierigkeiten einzelner Anstalten wäre sehr sorgfältig zu prüfen, ob diese Schwierigkeiten nicht durch allzu starke Inanspruchnahme des Vermögensbestandes der Anstalt durch den Garantieverband (§ 1402 RVO.) entstanden sind.

Auf der von den Gemeindeverbänden zu leistenden Garantie baut sich das heutige Verwaltungssystem der Invalidenversicherung auf, das nur eine gringfügige Mitarbeit der Versicherten zuläßt. Nach unseren Beobachtungen gibt es Anstalten, die von Provinzialverwaltungen als Teile ihrer Verwaltung betrachtet werden und deren Mittel ohne Mitwirkung der Versicherten in ganz erheblichen Festanlagen im Provinzialinteresse in Anspruch genommen worden sind. Die Garantieverpflichtung hingegen wurde bisher nie wirksam und wird auch bei etwa eintretenden Schwierigkeiten der Anstalten in den nächsten Jahren kaum wirksam werden.

Dieser Hinweis scheint uns geboten, weil mit den Plänen zur Länderreform auch eine weitere organisatorische Verflechtung der Invalidenversicherung mit den verschiedenen Fürsorgezweigen zur Erörterung gekommen ist. Gegenüber diesen Plänen halten wir die Schaffung von Selbstverwaltungskörpern der Invalidenversicherung für erforderlich, die von den Gemeindeverbänden vollkommen unabhängig sind und in denen den Versicherten eine maßgebende Mitwirkung garantiert ist.

Die von der Länderkonferenz geplante noch weitere Verkopplung der Invalidenversicherung mit der Fürsorge würde eine weitere Inanspruchnahme der Mittel der Versicherung zu reinen Fürsorgezwecken bedeuten. Die Invalidenversicherung hat aber jetzt schon eine Reihe solcher Fürsorgeleistungen zu tragen (Renten an Angehörige von Versicherten, die vor dem Jahre 1912 verstorben sind und deren Beiträge damals erstattet wurden, Renten an gebrechliche Waisen, unbegrenzt über das Kindesalter hinaus usw.).

¹ Die Forderungen lauten:

1. Erhöhung der Renten durch Aufbau weiterer 1. und 2. Beitragsklassen.
2. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 60 $\frac{1}{2}$ auf 50 Prozent.
3. Gewährleistung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität.
4. Beendigung der Kürzungsbestimmungen nach § 1411 RVO.
5. Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Invaliden- und Angehörigenversicherung.

Zu beachten ist ferner, daß neben diesen rein fürsorglichen Lasten auch erhebliche Schäden aus der Inflation sowie bedeutende Rentenlasten als Kriegsfolgen von der Invalidenversicherung zu tragen sind. Wir müssen es als Unrecht betrachten, daß unter solchen Umständen der Versicherung Reichsmittel entzogen wurden. Dem beitragszahlenden Invalidenversicherten werden damit Sonderlasten aufgebürdet für Folgen politischer und wirtschaftlicher Katastrophen, deren Schäden von der Gesamtheit des Volkes zu tragen sind. Durch den ungerechtfertigten Entzug von öffentlichen Mitteln ist die Sanierungsbedürftigkeit der Invalidenversicherung zu mindesten beschleunigt worden. Sollten zum Ausgleich des teilweisen Ausfalles der Reichsmittel nun auch noch den Rentempfängern die Bezüge gekürzt werden, so würde die Arbeiterwelt darin ein doppeltes Unrecht erblicken müssen.

Eine erhebliche Entlastung der Invalidenversicherung kann durch eine Neuregelung der Beziehungen zwischen ihr und der Angestelltenversicherung erfolgen. Wir verlangen erneut einen gerechten Ausgleich und verweisen hierzu auf unsere Eingabe an den Herrn Reichsarbeitsminister vom 29. Januar 1929.

Des weiteren verweisen wir auf unsere Eingabe vom 19. Februar 1931, mit der wir dringend um baldige Maßnahmen zum Schutze der Versicherten gegen Schädigungen aus Beitragsunterstellungen der Arbeitgeber gebeten haben. Ein solcher gesetzlicher Schutz hat sich aus den Erfahrungen der Jetztzeit dringender denn je als notwendig erwiesen.²

„Der Werksbote“

erscheint jeden zweiten Sonnabend und kommt an Werksangehörige kostenlos zur Verteilung. Druck und Verlag: Hütte und Schacht (Industrie-Verlag und Druckerei AG.), Düsseldorf, so lautet die Redaktionsfufnote.

Diesen „Werksboten“ lassen uns die Industriellen in W. per Post, kostenlos zukommen. Gewöhnlich 8 Seiten im Format der „Gr. Pr.“, mit manch hübschen Illustrationen. Man sieht, die Unternehmer lassen sich was kosten, wenn sich um ihre Arbeiter handelt. Diese liebevolle Fürsorge der Industrie ihren Arbeitern gegenüber ist doch rührend, aber auch — verdächtig!

Eine Durchsicht des Inhaltes bestätigt diesen Verdacht. Der „Wb.“ bringt lesenswerte Artikel über das Handwerk, über Fortschritte der Technik, neue Erfindungen, Winke für Haus- und Gartenwirtschaft, auch schöne Ferienreisen und etwas „für die Frau“. Also alles, was so der Spießer braucht, der Mensch, der nichts kennt als arbeiten, schlafen und essen.

Daneben erscheinen aber auch Artikel über „Ist der Kapitalismus am Wirtschaftsende schuld?“ oder „der Versailler Vertrag ist unsittlich“, „zur Lage der Sozialversicherung“ oder „Kapitalzerstörung und Kapitalnotwendigkeit“.

Merkste wat?

Einem indifferenten Arbeiter (die es heute gar nicht mehr geben sollte), wird mit diesem Geschreibsel nur zu leicht der Kopf verdreht. Diese Feststellung kann man jederzeit machen, wenn in Arbeiterkreisen über diese schwierigen Probleme diskutiert wird. Hier liegt die Gefahr, welche die Verdachtsgründe bestätigen. Mit diesem Narkotikum wird dem Arbeiter tröpfchenweise beigebracht, daß der Kapitalismus eine Notwendigkeit sei, dagegen die marxistische Lehre vom Sozialismus mindestens eine Irrlehre ist. Der Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften und sonstigen Einrichtungen wird hier das Opium der „Werks-gemeinschaft“ entgegengestellt.

„Der Arbeiter soll nur Interesse für den Betrieb und seine Arbeit haben.“ Die hohe Politik mag er schön den Kapitalisten selbst und ihren Söldlingen überlassen, die werden das Ding schon schaukeln.

Wie das geschehen soll, zeigen die erwähnten Aufsätze. Vergleiche das Rundschreiben des Bundes der chemigraphischen Anstalten („Gr. Pr.“ Nr. 18 „Tarifslürzerei“) und höre „Werkboten“ Nr. 8:

„Nicht wenig hat auch die von der Regierung gestützte Lohnpolitik dazu beigetragen, die Betriebe unrentabel zu machen.“ „Es bedurfte erst fünf Millionen Arbeitsloser, um den Reichsarbeitsminister a. D. Brauns davon zu überzeugen, daß das Lohnkonto ein so wichtiger Bestandteil der Gesteungskosten ist, daß an ihm nicht vorübergegangen werden kann.“ — Also „Die unmittelbare Folge der verkehrten Lohnpolitik war eine durchgreifende Rationalisierung und Mechanisierung aller Betriebe und Unternehmen. Tausende von Angestellten und Arbeitern bezahlten die Irrlehre von der Steigerung der Kaufkraft der Massen durch höhere Löhne mit dem Verlust ihrer Arbeitsstelle.“ — Kapiertst du nun? —

„Wenn werden wir unsere Sozialpolitik nach dem Leistungsvermögen der Wirtschaft einstellen? — Wie kann von Regierungsseite von Preis- und Lohnabbau gesprochen werden, wenn man auf der anderen Seite lustig weiterbesteuert?“ — Be-greifst du immer noch nicht? Dann höre:

„Das eine ist sicher: che man nicht vom Kapital wieder einen größeren Anteil am Wirtschafts-

erfolg sichert, wird es zu keiner durchgreifenden Änderung der Wirtschaftslage in Deutschland kommen, soweit sie nicht eine Teilerscheinung des internationalen Konjunkturrückganges ist.“ — Nun, ist das nicht deutlich? — Ihr Chemigraphen, Lithographen, Steindruckler, ihr Bonzen, ihr Schlichter, ihr Volkswirtschaftler, ja, ihr Regierungsleute, ihr müßt völlig umlernen. Was ihr bis jetzt gelehrt und getatet habt ist ja ganz falsch.

Oder — sollte dem Schreiber etwa die Feder etwas ausgetuscht sein? — Man kann auf gut deutsch auch einfach sagen: Solange ihr uns nicht einen gehörigen Profit verschafft, fällt uns gar nicht ein zur Änderung der bestehenden traurigen Wirtschaftslage auch nur einen Finger krumm zu machen. Wenn der Arbeiter mit dem gleichen Recht sagt: Wenn du mir nicht einen auskömmlichen Lohn für meine Arbeit zahlst, dann mache (nach berühmtem Muster), deinen Dreck gefälligst alleine, so ist das „verkehrte Lohnpolitik“ oder gar „Unbotmäßigkeit der Gehilfen“.

Aber da helfen: eine möglichst „ausgiebige Lockerung der starren Tarife“, Aussperrung oder schwarze Listen und Denunziation.

Arbeiter, was seid ihr nur für Menschen? Durch eure hohen Lohnforderungen zwingt ihr die Unternehmer auch millionenweise zu entlassen; zwingt sie, ihre Betriebe in einem Ausmaße zu rationalisieren und zu mechanisieren, daß weitere Millionen entlassen werden müssen. Ihr zwingt sie zum schärfsten Kampf gegen die Sozialpolitik. Ja, ihr zwingt sie, ihr Kapital in das Ausland zu verschieben und dann wundert ihr euch, wenn's euch dreckig geht? — Ihr Esel! Daß ihr auch gar nicht gescheit werden wollt! — Ihr glaubt es nicht? „Daß der Geschäftsgewinn und -verdienst auf einen solch verschwindend geringen Betrag herabgedrückt worden ist, daß die Unternehmertätigkeit jeden Reiz verloren hat.“ Und stemmt euch noch gegen einen vernünftigen Lohnabbau. Arbeitet für einen möglichst geringen Lohn zehn und mehr Stunden und „unsere deutsche Wirtschaft wird gesunden“. Eure Tätigkeit wird bestimmt nicht an Reiz verlieren!

Ist es nicht ein Skandal, wenn der Herr Reichskanzler Brüning 10 Jahre braucht um zu der Erkenntnis zu kommen, daß wir viel mehr sparen müssen? Wir können uns den Luxus nicht leisten, prunkvolle und luxuriöse Rathäuser, Finanzämter, Krankenkassen, Arbeitsämter, Stadien usw. zu bauen von unseren Steuergeldern!

Aber, lieber „Werksbote“, du darfst unserer tatkräftigsten Unterstützung gewiß sein, wenn du gegen die „luxuriös ausgestatteten Dienstwohnungen für Minister, Botschaften im Ausland, völlig überflüssiger Gesandtschaften einzelner Länder untereinander, Empfänge ausländischer Potentaten, Galadiners“ usw. zu Felde ziehst willst. Wir können mit noch viel mehr Vorschlägen dienen „wie gespart werden kann“, wenn du willst. Aber gibt acht, daß man dir nicht „von oben“ her in diese Suppe spuckt!

„Der Zweck aller menschlichen Tätigkeit ist der: leben zu können, und auf diese Möglichkeit zu leben, haben alle, die von der Natur in das Leben gestellt wurden, den gleichen Anspruch“ sagt Fichte. Das sagen auch wir und wenn „eine neue Idee pocht um Einlaß“, werden wir uns gewiß nicht gegen neue Ideen stemmen, wenn wir die Gewißheit hätten, daß es sich auch für uns lohnt und nicht immer nur für die andere Seite. Die Millionen erwerbslose werden darüber auch bestimmt ihre eigenen Gedanken haben.

Den Extrakt aus dem Inhalt des „Wb.“ werden auch unsere Vertreter bei den Tarifverhandlungen vorgesezt bekommen haben — ohne Gefahr. Aber diese „Kost für Gelbe und Nazisäuglinge“, denn das will man damit doch nur großführen, taucht nicht für unsere, etwas laedere, Kollegenschaft. Ich glaube richtig zu vermuten, wenn ich annehme, daß dieses Wurstblättchen in ganz Deutschland verbreitet wird, gegebenenfalls unter anderem Namen.

Es wird sich lohnen, von Zeit zu Zeit den Inhalt dieses „Werksboten“ zu durchleuchten und die ganze Verlogenheit aufzuzeigen, mit der hier gearbeitet wird. Dem Narkotikum muß ein wirksames Gegengift entgegengestellt werden. Die Tatsachen haben das wahre Gesicht der Unternehmer, gleich dem gesamten Kapitalismus gezeigt.

franc.

Anwachsen der Invalidenrenten

Nach Mitteilung der Landesversicherungsanstalt Berlin haben im ersten Vierteljahr 1931 die Invalidenrentenanträge eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. Während im ersten Vierteljahr 1930 8174 Anträge gestellt wurden, gingen im ersten Vierteljahr 1931 8968 Anträge auf Invalidenrente ein. Bewilligt wurden im ersten Vierteljahr 1931: 5995 Invalidenrenten, davon 3678 von Männern und 2317 von Frauen. Am 31. März liefen 137938 Invalidenrenten. Auch die Witwenrentenanträge haben von 2933 im vierten Vierteljahr 1930 auf 3453 im ersten Vierteljahr 1931 zugenommen. An der Zunahme der Invalidenrenten ist die schlechte Wirtschaftslage und die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes schuld. Hätten wir eine flotte Konjunktur, wäre ein solcher Zuwachs nicht zu verzeichnen gewesen.

VERBAND UND BERUF

Zwei Dokumente

Leipzig, den 2. Juni 1931

Herrn

Dr. Cramer

München

Während der diesjährigen Tarifverhandlungen versprach ich einen photographischen Abzug einer schwarzen Liste, die ich in Händen habe, Ihnen zuzuschicken. Ich halte es aber für richtiger, die Liste Ihnen auf öffentlichem Wege zur Kenntnis zu bringen, weil damit auch das Gesamtgewerbe davon unterrichtet wird. Dadurch wird auch ein Bestreiten der Tatsache in Zukunft unmöglich. Die Namen meiner Kollegen habe ich gekürzt, sie sind auf der Liste selbstverständlich voll angegeben. Auch die persönliche Unterschrift habe ich weggelassen.

Hochachtungsvoll

Ch. Ferkel.

VERBAND DEUTSCHER STEINDRUCKEREIBESITZER, KREIS VIII

Tgb. Nr. 2008/25

Rdschr. Nr. 45 Ke.

Leipzig, den 3. Juli 1925.

An die Leipziger Herren Mitglieder des Kreises VIII!

Streng vertraulich!

Unsere Mitgliedsfirma Bibliographisches Institut teilt heute mit, daß der Offsetdrucker Otto L. ihr heute gekündigt hat. Wir bitten sehr ergebenst hiervon Vormerkung zu nehmen und im Falle eines Engagements die statutarische Rückfrage nicht zu versäumen.

Weiterhin macht uns die Firma die Mitteilung, daß ihr Maschinenmeister Otto F. aus Leipzig-Connewitz heute ihre Dienste verläßt und die Maschinenmeister Curt R. aus Leipzig-Mockau und der

Offsetdrucker Richard O. aus Leipzig-Connewitz nach ordnungsmäßiger Kündigung am 10. Juli 1925 aus ihrem Betriebe ausscheiden. Sämtliche Arbeitnehmer haben selbst gekündigt. Da eine Rückfrage bisher noch nicht erfolgt ist, bitten wir diejenigen Firmen, die es angeht, im Falle eines Neuengagements die statutarische Rückfrage zu halten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verband Deutscher Steindruckereibesitzer, Kreis VIII

Werkspionage?

WIEDEMANNSCHE DRUCKEREI A.-G., SAALFELD/SAALE.

D/Oe. 11. Mai 1931

Herrn

Georg R.

S e l b / Bayern

Sehr geehrter Herr R.!

Ihr Schreiben vom 14.4. ist immer noch unbeantwortet bei uns, da wir noch zu keinem Entschluß kommen konnten, ob wir Sie evtl. später einstellen oder nicht. Wir brauchen augenblicklich zwar keinen Lithographen, wenn Sie jedoch ein tüchtiger Fachmann sind, so könnte man in der nächsten Zeit auf Sie zurückgreifen. — Sie leben in Selb und wären auch in der Lage, uns über die dortigen Verhältnisse Auskunft zu geben. — Wie ist die Beschäftigung bei Rosenthal, wie wir gehört haben, soll ein gewisser Herr Rudolf Gaertner in New-York dort Buntdruck machen lassen. Wie lange arbeitet die keramische Abteilung z. Z. bei Rosenthal täglich oder wöchentlich? Die Beantwortung dieser Fragen wäre uns interessant, um beurteilen zu können, wie die allgemeine Marktlage ist. — Wir erwarten Ihre gütige Rückäußerung und fügen Ihnen zwecks dessen Freienschlag bei.

Wir begrüßen Sie und zeichnen

Hochachtungsvoll

Wiedemannsche Druckerei A.-G.

gez. Diemert.

An dem Schreiben interessiert uns außer der niedlichen Absicht, so von hinten herum ein klein wenig zu spitzeln — — damit mögen sich jedoch die Unternehmer auseinandersetzen — — besonders der Satz: Wir brauchen zwar augenblicklich keinen Lithographen So ist die Firma Wiedemann ständig am Werk, in Deutschland mit Kollegen in Verbindung zu treten, um ihnen dann

bei einer passenden Gelegenheit die Unterstützung zu sperren zu lassen, wenn sie nicht willfährig die diktierten Bedingungen annehmen.

In dem Schreiben ist von einem gewissen Herr Rudolf Gaertner, Newyork die Rede. Dieser Herr Gaertner ist einer der größten amerikanischen Auftraggeber für die keramischen Druckereien. Kommentar überflüssig.

— n — l

Die Braunschweiger Kollegen protestieren

Die am 1. Juni tagende, sehr gut besuchte Spartenversammlung der Lithographen und Steindruckerei Braunschweigs nahm Stellung zu der im Arbeitsministerium zustande gekommenen Vereinbarung. Die Versammlung verlief sehr stürmisch. Nach der bekannten, einseitigen Einstellung unserer Schlichtungsstellen, hatte ein Teil der Kollegen mit einem Lohnraub gerechnet, nicht aber damit, daß uns von dieser Stelle Verschlechterungen in unserem Tarif aufgezwungen werden können. Nicht mit Unrecht wurde die Frage aufgeworfen, ob denn die Schlichter nur als Werkzeug der Unternehmer geschaffen seien? Nachstehende Entscheidung wurde aus der Versammlung eingereicht und einstimmig angenommen:

„Die am 1. Juni stattgefundene Spartenversammlung der Lithographen und Steindruckerei Braunschweigs protestiert aufs schärfste gegen das neue Tarifabkommen, welches von den Unternehmern nur auf Grund der gegenwärtigen kritischen Lage unserer Berufe und Ausnutzung der Staatsgewalt durchgesetzt werden konnte.

Die Versammlung erwartet vom Verbandsvorstand sowie vom kommenden Verbandstag, daß Mittel und Wege testgelegt werden, die jeden weiteren Anschlag auf unsere Löhne und tariflichen Errungenschaften mit den schärfsten Kampfmitteln abgewehrt werden können. Die Kollegen geloben unerschütterliche Treue zum Verband, fordern aber von der Verbandsleitung, daß sie sich künftig nur noch nach dem Vorbild unserer Unternehmer auf krasseste Konjunkturpolitik einstellt und zu gegebener Zeit die jetzt geschlagene Scharte wieder auswezt.“

Ein neuer Zusammenschluß im Druckgewerbe

Klimschs Druckerei-Anzeiger berichtet: Hollerbaum & Schmidt, Graphische Kunstanstalt, ist der Name für drei Firmen, die jetzt in einer Hand und unter einheitlicher Leitung in Berlin N 65, Reinickendorfer Straße 98, zusammengeschlossen wurden: die Buchdruckerei Alfred Unger, die Stein- und Offsetdruckerei Hollerbaum & Schmidt und das Papierverarbeitungswerk Hugo Kahleyß. Besitzer und Leiter der drei Unternehmen ist Fritz von Lindenau. Der vereinigte Betrieb umfaßt jetzt 25 moderne Druckmaschinen und 40 Buchbindereimaschinen. Die Hollerbaum & Schmidt G.m.b.H., die offene Handelsgesellschaft Alfred Unger und die offene Handelsgesellschaft Hugo Kahleyß sind in Liquidation getreten, nachdem sie zuvor das Recht der Firmierung, das gesamte Inventar und den Kundenkreis an Herrn von Lindenau gegen Barzahlung abgetreten haben.

Der 14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

(Vierter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), findet am Montag, dem 31. August 1931 und folgende Tage in Frankfurt am Main im „Palmgarten“-Restaurant statt.

Zur Tagesordnung steht:

1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die Vierzigstundenwoche.
4. Öffentliche und private Wirtschaft.
5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts.
6. Anträge zu den Bundessatzungen.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongreß wird am Montag, dem 31. August 1931, vormittags 9 Uhr, eröffnet und voraussichtlich bis Sonnabend, den 5. September tagen.

Anträge an den Kongreß können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- oder Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden also nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralverband der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß, also bis spätestens zum 4. Juli, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Die Gewerkschaft

Schon lange rüttelt der Sturm an unserem Haus. Vergeblich! Es fällt kein Stein heraus. Wir sind der Mörtel, der fest verbindet. Auf das der Sturm keine Lücke findet. Kollegen! Noch immer ist unser Haus klein! Helft bauen! Jeder zweite Mann ist ein neuer Stein. Kollegen! Wieviele Steine liegen noch brach, Sammelt sie ein! Jeder nur einen am Tag. Kollegen! Seid wach! Erkennt die Zeit! Bringt Opfer! Werbt! und seid bereit.

J. H. E. Bültner.

Die Natur unter „unnatürlichen Gesetzen“.

Von Arthur Meltzer (Dresden).

(Nachdruck ohne Benachrichtigung verboten.)

Nichts sonst an Erscheinungen auf dem weiten Erdenrund kann eine derartige Bedeutung beigemessen werden, wie sie dem Trieb zur Erhaltung zukommt. Er war von jeher die Vorbedingung für den Fortschritt der Entwicklung, für das Entstehen der Arten innerhalb des stofflichen Lebens und damit auch des Menschen selbst. Darüber hinaus bei diesem allerdings noch in geistiger Hinsicht das sich steigende vernunftmäßige Erkennen der Nützlichkeit oder Schädlichkeit irgendeines Zustandes, das zum Streben der Zweckmäßigkeit und zum Anpassen an die Verhältnisse führte. Diese allein konnte imstande sein, das an sich natürliche Instinkt in Bahnen zu leiten, die der Allgemeinheit dienen, also Überschüsse der Naturkraft in sonst der Menschheit nützende Energien zu wandeln.

Dieser Zweckmäßigkeit ist alles im Naturgeschehen unterworfen. Trat sie vor der Zeitepoche des vernunftbegabten Menschen automatisch in Erscheinung, so wurde Letzterer jetzt vorgesehene Mittel zum Zwecke dieser. Es kann deshalb nichts widersinnigeres — weil unnatürliches — geben, als starres Dogma, das von Menschen geschaffen wurde, die ihre irgendwie errungene Sonderstellung gegenüber der Masse für alle Zeiten zu sichern trachten.

Dieses Dogma, in vielseitiger Gestalt, das als rechtsgültiges Gesetz auch heute das Leben der Menschen regiert, wird durch aktuelle Heilbringer immer wieder der Menschheit angepriesen. In Wirklichkeit ist es die Ursache, daß es Kriege gibt, daß die Menschheit in Klassen und Unterschieden eingeteilt sind, daß Ausbeutung, Not und Flend herrscht, daß ungezählte Mitmenschen beispielsweise wegen Vergehens gegen den § 218 sich hinter Kerkermauern befinden oder sich in Krankenhäusern liegen, weil sie den rettenden Weg nicht beschritten, sich aus Angst vor Strafe zu spät an den Arzt wandten.

Wie andere Paragraphen, ist auch dieser eine Schande für unsere, sich kultiviert nennende Zeit.

Maßgebend hat nur die Zweckmäßigkeit zu sein, die der Existenzsicherung der Gesamtheit dient. Diese aber bedingt, daß alle Geburten, die außerhalb dieser liegen, also in irgendeiner Hinsicht, eine Belastung darstellen.

Mit Recht sucht man sich gegen Kapitalverbrechen zu schützen. Doch ist nicht die mögliche Verhütung durch Beseitigung der Ursachen ein menschenwürdiges Mittel als die Bestrafung, die von Menschen ausgeworfen werden, die keinen Schlimmer von Ahnung haben von den inneren Kämpfen, die einem Delikt vorangegangen sind.

Im Hause und Stammtisch der satten Spießer wird salbungsvoll der Stab gebrochen über das fluchwürdige Verbrechen der Abtreibung oder sonstiger Gebärvorhütung. Doch niemand dieser scheinheiligen Edelmenschen fühlt sich verantwortlich und schuldig, wenn ein zum Dasein gezwungener Mensch aus Not zum Verbrecher wird oder Hand an sich legt. Kein einziger von ihnen denkt daran, daß es gemeiner Mord ist, von ihnen mitbegangen, wenn Menschen verhungern, in Not, Elend und Verzweiflung mit einem letzten Wimmern nach Hilfe verrohheln.

Die Menschheit braucht keine Überproduktion an Menschenmaterial, das doch nur dazu dient, der Ausbeutung zu dienen. Wir brauchen nur einen Nachwuchs, der dem tatsächlichen Bedarf entspricht, der geistig und körperlich hochsteht und der dem nötigen Widerstand gegenüber aller Versklavungsabsicht gewachsen.

Wer den § 218 stützt ist ein Saboteur des Bestrebens, zum wahren Menschen zu gelangen, und deshalb nicht wert sich „Mensch“ zu nennen.

Ein Besuch beim Lindcar-Fahrradwerk

Im Süden Berlins, in Berlin-Lichtenrade, liegt das Fahrradwerk der freien Gewerkschaften auf einem 32000 qm großen Gelände. Die Werkstatthallen und Verwaltungsgebäude sind auf einer Fläche von 12000 qm errichtet. Die weiten, hellen Hallen verfügen über eine Fabrikationseinrichtung, die eine tägliche Fabrikation von 600 Fahrrädern gestattet. Wir haben es also bei dem Lindcar-Fahrradwerk mit einem Unternehmen zu tun, das an erster Stelle in der deutschen Fahrradindustrie steht. Die jetzige Größe hat das Werk in wenigen Jahren erreicht. Wir greifen zurück auf das Jahr 1926, in dem die Produktion sich noch in sehr kleinen Bahnen bewegte. Damals wurden 10000 Fahrräder als Umsatz gemeldet. In demselben Jahre erfolgte die restlose Inbesitznahme durch die freien Gewerkschaften. Die Verbände, voran der Bund, machten die Kollegen für das eigene Unternehmen mobil, in rascher Folge stiegen die Umsatzzahlen von Jahr zu Jahr um fast über 50 Proz.: 1927 waren 20000 Fahrräder, 32.000 im Jahre 1928 und 44.000 im Jahre 1929 als verkauft gemeldet. Mitbeteiligt an dieser raschen Entwicklung war die hingebungsvolle Arbeit der Kollegen, Funktionäre der Ortsausschüsse des ADGB, der Kartelle, die den Gedanken der praktischen Gemeinwirtschaft schnell aufgriffen und in ihrem Kollegenkreis verbreiteten. Das Jahr 1930 brachte in der Umsatzzahl zwar einen kleinen Rückschlag, bedingt durch die uns allen leider zu sehr bekannten wirtschaftlichen Nöte. Trotzdem aber diebald das Werk mitführend in der deutschen Fahrradindustrie, die im allgemeinen viel, viel schwerer unter den Nöten der Zeit leidet.

Der Lindcar-Gedanke ist heute bis in die kleinsten Stätten unserer Organisationen gedrungen, es verlohnt sich, ihn zu pflegen. Der Gang durch das Werk belehrt uns, daß wir es in unserem eigenen Unternehmen mit einem vorbildlichen Betriebe zu tun haben. Dafür sprechen die selbstverständlichen sozial-hygienischen Einrichtungen, dafür sprechen weiter die gerade für die Fahrradindustrie günstigen Lohnbedingungen.

Nach Beendigung der Führung nahm uns ein großer, freundlicher Speisesaal auf, in dem den Arbeitern und Angestellten ein billiger Mittagstisch gegeben wird, ein Saal, der auch Versammlungszwecken dient.

Was hat Lindcar so groß gemacht? Die Bemühungen der Werksleiter, den Kolleginnen und Kollegen ein Qualitätsrad zu bieten! Daneben der Grundsatz, auch dem Kleinstverdiener die Beschaffung auf bequeme Art zu ermöglichen. Das Rad soll den Interessenten nicht mehr kosten als sein wöchentliches Fahrgeld. — Bei der Ermäßigung, die die Preise jetzt erfahren haben, ist der Käufer schon bei 8 bis 10 Monaten im vollen Besitz des Rades. Er hat die Möglichkeit, das Geld, das er in Wirklichkeit für Fahrgeldauslagen verwendet hätte, nunmehr dem Sparkonto der Arbeiterbank zuzuführen. Diese gesunde Tendenz wird vom Werk weiter verfolgt und wird ihm, wie wir hoffen, recht viel Freunde und Käufer aus dem Kreise unserer Kollegen zuführen.

Besonders interessiert haben die neugeschaffenen Modelle, die im Katalog 1931 zum ersten Male bekanntgegeben worden sind. Neben dem Herrenrad mit Ballonbereifung ist jetzt auch ein Damenrad mit Ballonbereifung geschaffen. Außerdem stehen zwei ganz neue und billige, solide Tourentypen zur Verfügung: ein Herrenrad zum Preise von 89,50 RM. und ein Damenrad zum Preise von 95 RM. Zirka 25 Niederlagen mit Reparaturwerkstätten, die sich in den größten Städten des Reiches befinden, sorgen für eine repräsentative Schau der Modelle und bilden gute Absatzquellen; daneben aber sind viele hundert Abgabelager bei den Ortsausschüssen des ADGB geschaffen, so daß auch die Kollegen in kleineren Orten die Möglichkeit haben, Lindcar-Fahrräder ab Lager zu kaufen und auch kleinere Reparaturen dort vornehmen zu lassen.

Als einen vortrefflichen Nebenartikel, den die Frauen unserer Kollegen begrüßt haben, führen die Werke die Lindcar-Nähmaschine. Lindcar hat diesen Vertriebsartikel im Herbst v. J. aufgenommen und schon in den ersten Monaten einen ungewöhnlichen Erfolg errungen. Es ist zu verstehen, wenn man Gelegenheit hat, die Nähmaschine zu besichtigen und näher kennen zu lernen. Eine moderne Zentralspülmaschine in allen möglichen, vor allen Dingen auch versenkbaren Ausführun-

gen, in einer Möbelausstattung, die dem modernen Geschmack angepaßt ist und den Eindruck einer Nähmaschine nicht mehr aufkommen läßt. Die Lindcar-Nähmaschinenmöbel bilden Schmuckstücke für unsere Wohnungen. — Übrigens ist auch hier ein großer Preisabbau vor sich gegangen. — Den Gesamteindruck von der Besichtigung können wir wohl ausklügeln lassen in dem Gedanken, den die Resolution 4a auf dem 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg trägt und niedergelegt ist in den Worten: „Der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den gewerkschaftlichen Eigenbetrieben, ebenso wie in der Genossenschaftsbewegung einen der Wege zur aktiven Demokratisierung des heutigen Wirtschaftssystems und einen der Schritte zur praktischen Durchführung des Sozialismus. Mit Befriedigung hat der Kongreß von der weiteren erfreulichen Aufwärtsentwicklung der gewerkschaftlichen Betriebe Kenntnis genommen. Der Gewerkschaftskongreß erwartet von den Gewerkschaftsverbänden, Mitgliedern und Funktionären, daß sie die gewerkschaftlichen Eigenbetriebe in Anspruch nehmen und mit aller Kraft den weiteren Aufstieg und das Ansehen der gewerkschaftlichen Betriebe fördern.“

Vom Büchertisch

Was ist Marxismus? Von F. Decker. Oberfränkische Verlagsanstalt und Druckerei, Hof. Preis 10 Pf.

Diese Broschüre sagt sowohl Freund wie Feind in großen Zügen, aber klar und eindeutig was Marxismus wirklich ist: „... Die Wissenschaft, die alle Geschehnisse in der menschlichen Gesellschaft, alle Triebkräfte der menschlichen Geschichte und alle Möglichkeiten der Umwandlungen der bestehenden Ordnung begründet will, um den Ausgebeuteten die Befreiung ihrer Arbeit, den Flungenden das Brot und den Leidenden das Glück zu schaffen, das ist Marxismus.“ ... Damit zeigt Decker blitzartig auf, wie wenig marxistisch das deutsche Volk orientiert ist, wie notwendig es ist, daß seine Staatsmänner endlich wirklich marxistisch denken und handeln lernen.

Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Verlag J. H. W. Dietz Ncht., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 45 Pf.

Die Broschüre enthält die überzeugenden Darlegungen Friedrich Adlers über das Anklage-Amalgam, über die S.A.I. und die Intervention, über die russische Emigration und die Intervention, über die Kriegsgefahr und Sowjetrußland und über die S.A.I. und die Schädigungsarbeit. Es folgen dann die Ausführungen: R. Abramowitsch: Meine Reise nach Moskau, Leon Blüms: Der Moskauer Schandprozeß, E. Vandervelde: Die Macht der Lüge hat ihre Grenzen! Der Schluß der Broschüre bilden 14 Erklärungen, durchweg edelstimmige Erklärungen gegen das verleumderische Urteil des Moskauer Prozesses. Der Anhang bringt eine psychologisch-feine Skizze über die Angeklagten: Gallies' Geständnisse. Die Broschüre hat einen bedeutenden historisch-dokumentarischen Wert, und sie verdient die weiteste Verbreitung.

Alltag im Sowjetstaat. Macht und Mensch. Wollen und Wirken in Sowjetrußland. Von Herbert und Elsbeth Weichmann. Organisationspreis 1,95 Mk.

Die Verfasser haben der allgemeinen Einladung der Sowjetbehörden Folge geleistet. Sie haben Rußland kreuz und quer bereist und betrachten — wie es russischerseits gewünscht wird — das Leben in den Sowjetstaaten von Standpunkte der Westeuropäer. Sie berichten sachlich aber interessiert und fesselnd darüber, wie der Russe heute lebt, d. h. wie er sich nährt, kleidet, unterhält, wie er wohnt, reist, denkt und empfindet. Diese anschauliche Schilderung verdient weiteste Verbreitung, besonders unter der deutschen Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde hat die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin, eine billige Organisationsausgabe geschaffen, deren Anschaffung empfohlen werden kann.

Wegweiser durch die Krankenversicherung. Neueste Auflage. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137.

Weit über die Hälfte der deutschen Bevölkerung wird von der gesetzlichen Krankenversicherung betreut. Trotzdem bestehen in weiten Kreisen noch viel Unklarheiten über die Rechte und Pflichten, die dem einzelnen Versicherten zustehen. Daraus ergeben sich mancherlei falsche Vorstellungen und Unzufriedenheiten. Deshalb hat die Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen es unternommen, einen Wegweiser durch die verschiedenen Gebiete der Krankenversicherung herauszugeben. Darin sind in leicht verständlicher Form und für den Laien gebrauchsfertig die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen dargestellt.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Jetzt erst recht Auskunft einholen! Die Gewerkschaften gegen die Verstümmelung der Sozialversicherung. II. / „Der Werksbote“. Anwachsen der Invalidenrenten.

Verband und Beruf: Zwei Dokumente. / Die Braunschweiger Kollegen protestieren. / Ein neuer Zusammenschluß im Druckgewerbe. Der 14. Kongreß d. Gewerkschaften Deutschlands.

Die Gewerkschaft (Gedicht). / Die Natur unter „unnatürlichen Gesetzen“. Ein Besuch beim Lindcar-Fahrradwerk. / Vom Büchertisch. / Anzeigen.

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:

Druckpaste „Nurwa“, Trockenmittel „Mallouin“, (bleifrei)

Scharftrockner „Rafol“. Seit Jahren bestens bewährt.

KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,
Crimmitschau i. Sa., Schieferstraße 4.

Fachliteratur! Achtung!

Lehrbuch der Lithographie und des Steindruckes von Alois Senefelder.
Preis inkl. Nachnahme 11,70 RM.

Das Berechnungswesen des Steindruckes von Alfred Weck. Preis inklusive Porto und Nachn. 1,90 RM.

Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Frankfurt a. M.!

Durch den Umzug in das neue Gewerkschaftshaus ist die neue Adresse des Verbandsbüros wie folgt:

Bürgerstraße 69/77, III. Tel.: 30361
Das Büro ist geöffnet: Vormittags von 11-1 Uhr u. nachm. v. 4-7 Uhr, außer Dienstag u. Samstag